

## INTERNATIONALE RUNDSCHAU

### Die Türkei und die arabische Welt

Es sind 34 Jahre her, daß den Türken der Startschuß zur „Modernisierung“ gegeben wurde. Am 29. Oktober 1923 ließ General *Mustafa Kemal* die Türkische Republik ausrufen. Damit hatte nicht nur eine modernere Regierungsform das in sich verfaulte osmanische Sultanat abgelöst — die Geburtsstunde des ersten türkischen Nationalstaates überhaupt war gekommen. Nach rund 600 Jahren mußten die Türken den islamischen „Reichsgedanken“ fallen lassen und sich auf ihr kleinasiatisches Stammland Anatolien beschränken. Dieser Wechsel von der imperialen Konzeption des osmanischen Sultanats zur türkisch-nationalstaatlichen Idee wurde so radikal wie eben möglich vollzogen: als Mustafa Kemal damals im Namen seiner nationalrevolutionären Bewegung auf alle nichttürkischen Gebiete des früheren osmanischen Reiches verzichtete, fand er sich lediglich mit der längst erfolgten Reichsauflösung ab; als er aber das Kalifat aufhob, die geistliche Überhoheit eines Türken über alle

Institutionen des Islam, dem Islam selbst seine Aufgabe als Staatsreligion der Türken entzog und gleichzeitig verkündete, das Land zu einem „europäischen Staat“ machen zu wollen, verbrannte er bewußt alle Brücken zwischen seinem Volk und dem Pan-Islamismus.

Mustafa Kemal, genannt Kemal Atatürk („Vater der Türken“), türkischer Staatspräsident von 1923 bis 1938, hat sein Land nicht zum „europäischen Staat“ gemacht. Es ist wohl auch niemals Atatürks Ziel gewesen, Anatolien von Europa aus kulturpolitisch missionieren zu lassen und damit die Grenze des Abendlandes im Südosten über den Bosphorus hinauszuschieben. Kemal Atatürk war in mancher Hinsicht ein Vorläufer der führenden Nationalisten des asiatisch-afrikanischen Raumes unserer Tage: Er wollte in Kleinasien mit rationellen europäischen Methoden ein türkisches Staatswesen errichten, das in Form und Qualität zentral-europäischen Staaten entspricht. Atatürk ging davon aus, daß die in Europa „erfundene“, hochentwickelte industrielle Technik und rationale Lebensführung nicht länger auf Europa und die von Europa abstammenden Amerikaner beschränkt zu bleiben brauche, sondern daß sich beides voll und ganz auf jedes beliebige „unterentwickelte Volk“ des Nahen Ostens übertragen lasse. Rund drei Jahrzehnte nach Beginn dieses großen Experiments muß es nahezu als gescheitert angesehen werden.

Solch ein Urteil über den Ausgang der türkischen Nationalrevolution kommt keineswegs zu früh, denn die revolutionäre Bewegung hat ihr Ende gefunden. Kemal Atatürks Instrument — die Republikanische Volkspartei, mit deren Hilfe der Staatsgründer „während einer gewissen Übergangszeit“, tatsächlich jedoch bis zu seinem Tod im Jahre 1938, autoritär regieren konnte — begann nach dem zweiten Weltkrieg in heftig miteinander konkurrierende Gruppen zu zerfallen. Damit brach aber nicht eine Periode echter parlamentarischer Demokratie an. Die neuen größeren Parteien der Türkischen Republik konkurrieren bis heute wenig in der politischen Konzeption miteinander, stark dagegen in der Absicht, den Staatsapparat allein zu beherrschen.

\*

Auch in der Türkei von heute nimmt die Landwirtschaft eine dominierende Stellung ein. SO vH der rund 23 Millionen Türken leben auf dem Land und durch das Land. Im Gegensatz zu den arabischen Staaten bestehen große Teile des türkischen Staatsgebietes aus kulturfähigem Boden; etwa 30 vH sind Erntefläche, 15 vH Wälder, nur 18 vH der rund 700 000 qkm großen Türkei gelten als unkultivierbar. Der überwiegende Teil des Bodens gehört einer im Kern gesunden Kleinbauernschaft, deren Rückständigkeit jedoch trotz aller Anstrengungen während der „Sturm- und Drangzeit“ des Kemalismus nur im geringen Maße überwunden worden ist. Die Zahl der türkischen Arbeiter beträgt etwa 1 Million, das sind 4,4 vH der Gesamtbevölkerung. Sie verteilen sich auf 82 000 Betriebe, von denen aber nur 1900 größere und mittlere Industrierwerke sind, und auf das Handwerk. Die gesamte türkische Arbeitnehmerschaft — Arbeiter, Angestellte, Beamte und andere unselbständig Beschäftigte — dürfte aus 2 Millionen Menschen bestehen, knapp 9 vH der Gesamtbevölkerung.

Eine aktive Rolle als gesellschaftliche Kraft spielt im öffentlichen Leben der Türkei zur Zeit ebensowenig die große bäuerliche Bevölkerungsgruppe wie die kleine Arbeiterschaft. Kemal Atatürks Erziehungs- und Reformarbeit auf dem Land ist nach seinem Tod nicht konsequent und nicht lange genug fortgesetzt worden, um große Teile der bäuerlichen Bevölkerung zu befähigen, etwa in eigenen Organisationen richtungweisend daran teilzunehmen. Die Zahl der Analphabeten in Anatolien muß noch immer mit 60 bis 70 vH angegeben werden. Ungezählte Dörfer des anatolischen Hochlands leben völlig von der Umwelt isoliert und sind in ihrer Bedürfnislosigkeit autark, nehmen also nicht am Wirtschaftskreislauf teil. Abgesehen von örtlichen Dorfausschüssen gibt es kaum noch Institutionen, in denen Vertreter der Landbevölkerung „heranwachsen“. Andererseits wird die Emanzipation der türkischen Arbeiterschaft seit langem vorsätzlich verhindert. Den Gewerk-

schaften ist es nicht möglich, sich zu entfalten. Der Versuch, eine demokratische Arbeiterpartei zu gründen, wurde 1952 im Keime erstickt.

Das heutige türkische Regime erhält weder aus der Landbevölkerung noch aus der Arbeiterschaft Impulse. Obschon ein „nachrevolutionäres“ Regime, ist es doch aus der National-Revolution hervorgegangen. Seine führenden Männer gehören einer Schicht von Berufspolitikern und „Staatsmanagern“ an, deren einzige ideologische Bindung zu Atatürks Zeiten der türkische Nationalismus war. Nachdem dieser Nationalismus seine Jugendfrische verloren hatte, ergaben sich innerhalb der kemalistischen Führungsschicht wenig sachliche oder ideologische Gegensätze, statt dessen aber große Interessengegensätze in bezug auf die Machtverteilung. Da diese Erscheinung jedoch einen Zerfall der Staatspartei in ziemlich gleich starke Gruppierungen bewirkte, mußte die türkische Bevölkerung zur Entscheidung herangezogen werden. 1950 wurden in der Türkei zum ersten Mal echte Wahlen durchgeführt.

\*

Die Türkei befindet sich seit mehreren Jahren in einer schweren Wirtschaftskrise, die von führenden Politikern des Landes als „Wachstumsschwierigkeit infolge des stürmischen Aufbauteupos“ definiert wird.

In den türkischen Städten sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise am augenfälligsten. Es herrscht ein empfindlicher Warenmangel. Praktisch fehlen bereits alle Konsum- und Bedarfsgüter, die nicht in der türkischen Industrie selbst hergestellt werden. Die Verkehrsverhältnisse werden immer unerträglicher, weil Ersatzteile für Kraftfahrzeuge und Lokomotiven fehlen. Das klassische „Kaffeetrinkervolk“ der Türken muß zur Zeit auf Kaffee verzichten. Kranke leiden unter Medikamentenmangel, der Schmuggel und Schwarzmarkt blühen.

Auch an türkischen Produkten — mit denen theoretisch 60 vH des durchschnittlichen Bedarfs zu decken wären — mangelt es, da viele Fabriken keine Rohstoffe mehr vom Ausland beziehen können. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit breiten sich aus, sind jedoch nicht zu übersehen, denn es gibt noch keine zuverlässige statistische Erfassung. Angesichts des gestörten Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage steigen die Preise laufend, teilweise haben sie sich seit 1952 verdoppelt und verdreifacht. Zugleich unterliegen die Arbeitnehmereinkommen nahezu dem Lohn- und Gehaltsstopp. Trotzdem greift die Inflation um sich.

Zugrunde liegen dieser gefährlichen Krise die enorme Auslandsverschuldung der Türkei und ein daraus resultierender absoluter Mangel an Devisen, der die Einfuhr zum Erliegen gebracht hat. Umstritten ist, ob es sich bei dieser Verschuldung um eine Wachstumserscheinung han-

delt. Eher noch scheint die Krise eine Folge von „Konstruktionsfehlern“, die den Nationalrevolutionären unterlaufen sind, und der opportunistischen Politik des „nachrevolutionären“ Regimes zu sein.

Die nationalrevolutionäre Bewegung des Kemal Atatürk hat sich während der Periode des Aufbruchs wenig darum gekümmert, ob ihre von Europa übernommenen Mittel und Zielsetzungen den Eigenarten und Bedürfnissen des anatolischen Bauernvolkes entsprechen. Sie suchte dem rationellen Fortschritt in erster Linie durch Dekrete Bahn zu brechen. Die rechtliche und moralische Gleichstellung der Frau mit dem Mann, für die mohammedanische Bevölkerung Anatoliens zunächst eine Ungeheuerlichkeit, wurde durch Gesetz befohlen. Fes und Schleier, Symbole des alten Orient, wurden verboten. In vielen Dörfern ist versucht worden, den Einfluß des „Hodschas“, des mohammedanischen Schriftgelehrten, Vorbeters und religiösen Lehrers in einer Person, mit Polizeigewalt zu brechen. Moscheen und Koranschulen wurden geschlossen, Kinder durch Gendarmen in neugebaute Schulen geführt. Über Nacht wurde der anatolischen Bevölkerung an Stelle des alten islamischen Rechts ein Zivilrecht nach schweizerischem und ein Strafrecht nach italienischem Vorbild beschert, an Stelle der arabischen Schrift das lateinische Alphabet. Wohlhabende Gemeinden mußten sich auf Befehl der Zentralregierung Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen anschaffen. Nichts ging dem dynamischen Atatürk zwischen 1923 und 1938 schnell genug.

Die anatolische Bevölkerung hat sich diesem von der jungen Nationalrevolution entfachten Modernisierungsturm gebeugt, den rationellen Fortschritt jedoch nur so weit tatsächlich akzeptiert, als er ihr verständlich erschien und nicht im direkten Gegensatz zur tief eingewurzelten Tradition stand. Nachdem infolge des inneren Zerfalls der nationalrevolutionären Bewegung der Druck auf die Bevölkerung schwand, zeigte sich sofort, daß nur jener Teil des kemalistischen Reforms Bestand haben würde, der von ihr verstanden und akzeptiert, nicht aber widerwillig hingenommen worden war. Als fehlgeschlagen erwiesen sich zum Beispiel die jahrzehntelangen Bemühungen Atatürks, durch weitgehende Säkularisierung den Islam zu einem bloßen Glaubensbekenntnis zu machen und ihn des Anspruchs zu entkleiden, nicht nur Religion, sondern allgemeines Lebenssystem zu sein. 1950 gingen die verschiedenen Gruppen der zerfallenen nationalrevolutionären Bewegung deswegen mit Restaurationsversprechungen in den Wahlkampf. Es gewann ihn diejenige Gruppe, deren Kompromißbereitschaft gegenüber dem wieder erstarkenden islamischen Klerus am offensichtlichsten war und die zugleich der Bauernschaft nach jahrzehntelangen Entbehrungen im Interesse der Modernisierung wirtschaftliche Erleichterung versprach. Das

neue Regime versucht, diese Versprechungen zu erfüllen. Der Zerfall beachtlicher Teile des kemalistischen Reformwerkes hat sich beschleunigt. Was die versprochene wirtschaftliche Erleichterung betrifft, so ist das neue Regime kurz nach seinem Wahlsieg dazu übergegangen, die türkische Landwirtschaft zu subventionieren, indem es wichtige Agrarprodukte zu Preisen aufkauft, die weit über dem Weltmarktpreis liegen. Das hat die Türkei nahezu exportunfähig gemacht und — zusammen mit der gleichzeitigen Ausweitung inzwischen ziemlich planlos gewordener Industrialisierungsbemühungen — die Inflation und Auslandsverschuldung so weit gefördert, daß der Staatsbankrott droht. In dieser Situation sind auch die Fehler der bisherigen Industrialisierungspolitik deutlich sichtbar geworden: Allzu viele „Prestigeprojekte“ befinden sich unter den neugebauten Fabriken. Man hat sie ohne Rücksicht darauf errichtet, ob die erforderlichen Rohstoffe im Land selbst zu haben sind. Heute, wo wegen des Devisenmangels kaum noch Rohstoffe eingeführt werden können, liegen viele von ihnen brach.

\*

Die Emanzipation der türkischen Arbeiterschaft wird nicht nur vom „nachrevolutionären“ Regime verhindert. Ebenso wenig hat die nationalrevolutionäre Bewegung Kemal Atatürks sie als aktive gesellschaftliche Kraft betrachtet. Niemals ist daran gedacht worden, ihr im Rahmen der allgemeinen Reformbewegung das Recht einzuräumen, selbst für ihr Wohlergehen zu kämpfen und damit einen echten Beitrag zur Ausgestaltung des neuen Staatswesens zu leisten. Die türkischen Nationalrevolutionäre der zwanziger und dreißiger Jahre waren fest davon überzeugt, daß angesichts der Modernisierung, also des allgemeinen Aufschwungs, eine soziale Frage gar nicht aufkommen könne. Was für die Arbeiterschaft zu regeln sei, werde der neue Staat, die Interessenvertretung der gesamten Nation, ohne weiteres regeln. Heute ist die soziale Frage in der Türkei so brennend, daß man vor einem organisierten Auftreten der Arbeiterschaft Angst hat. Gegen die jungen Gewerkschaften wird „vorbeugend“ das Mittel der Unterdrückung angewandt. Jede größere Werbeaktion in den Betrieben bleibt ihnen verwehrt. Die Polizei überwacht aufmerksam ihre wenigen Funktionäre. Einen Beitrittsbeschuß zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften zu vollziehen, ist den türkischen Gewerkschaften ohne Begründung verboten worden. Jeder Streikversuch gilt als staatsgefährdend. Die Gewerkschaften der Türkei kümmern unter diesen Umständen dahin. Es gelingt ihnen nicht, jenen Grad an Stärke und Bedeutung zu erlangen, der es gestatten würde, in einen aussichtsreichen Kampf gegen die Unterdrückungspolitik des Regimes zu ziehen.

\*

Als die Türkische Republik vor 34 Jahren von einer nationalrevolutionären Bewegung aus der „Erbmasse“ des osmanischen Reiches gerettet wurde, war sie in einer ähnlichen soziologischen, wirtschaftlichen und geistigen Ausgangsposition wie heute die arabischen Länder: Verelendung und grenzenlose Unwissenheit auf dem Land, überschäumender Nationalismus und ein fast mystischer Glaube an die Allheilkraft der Technisierung nach europäischem Muster in der Armee und auf Seiten der Intellektuellen; nicht einmal der scharfe politische Gegensatz zu europäischen Mächten fehlte, denn die Türkische Republik konnte ja erst nach schweren Kämpfen von 1919 bis 1923 mit den Griechen, Italienern, Engländern und Franzosen geboren werden. Es lassen sich daher aus der türkischen National-Revolution Lehren für den arabischen Nahen Osten ableiten.

Alle nationalrevolutionären Bestrebungen in den arabischen Ländern, so läßt sich aus dem türkischen Beispiel schließen, werden keinen größeren Effekt als die Nationalrevolution der Türkei erzielen, sobald sie europäische Mittel und Methoden mechanisch in den eigenen Lebensbereich zu übertragen trachten. Nichts spricht gegen die Technisierung des Vorderen Orients, wenn sie behutsam vollzogen wird, d. h. in Übereinstimmung mit den Rohstoffvorkommen, Absatzmöglichkeiten und dem Bil-

dungsstand der Bevölkerung. Daß in irgendeinem arabischen Land der Versuch gemacht werden könnte, nach türkischem Beispiel den Menschen rationellere Lebensformen durch einen gewaltsamen Bruch mit der islamischen Tradition aufzuzwingen, ist unwahrscheinlich, denn bei den arabischen Nationalisten spielt der Islam heute eine große Rolle im „Abwehrkampf gegen den europäischen Kolonialismus“. Eher wird sich hier die Erkenntnis durchsetzen, daß die „Modernisierung“ tiefere Wurzeln schlagen kann, wenn sie nicht gegen den Islam vollzogen werden soll, sondern mit Hilfe eines modernisierten Islams. Groß ist dagegen die Gefahr, daß nationalrevolutionäre Bewegungen der Araber gegenüber den sozialen Problemen ebenso versagen wie die türkische Nationalrevolution. Auch im Kreise der arabischen Nationalisten besteht die Neigung, sich mit einem „Aufbruch der Nation“ zu begnügen und differenzierte gesellschaftliche Kräfte „angesichts des äußeren Feindes“ an der Entfaltung zu hindern, zumal im Rahmen des modernen Nationalstaates Sonderinteressen unzulässig seien. Wenn die europäische Arbeiterbewegung das eines Tages mit Besorgnis sehen sollte, so wird sie für eine solche Entwicklung nicht zuletzt den „Kalten Krieg“ von Ost und West im Nahen Osten verantwortlich machen müssen.

*Peter Baum*